

„Massen von Menschen würden sich auf den Weg machen“



Migranten gehen in der Nähe der türkisch-griechischen Grenze auf einem Hügel entlang. BILD: DPA

Griechische Sicherheitskräfte gehen hart gegen Migranten vor, die von der Türkei nach Europa gelangen wollen. Zu Recht, sagt Thorsten Frei. Im Interview mit dem SÜDKURIER erklärt der sicherheitspolitische Sprecher der CDU im Bundestag, warum die Situation an Europas Toren kritisch ist

Herr Frei, wie ernst ist die Lage an der türkisch-griechischen Grenze?
Die Lage muss man als sehr ernst einschätzen, die Nachrichten, die uns von dort erreichen, sind alarmierend. Insbesondere, wenn man berücksichtigt, dass es sich in der ganz großen Mehrheit um Migranten handelt.

Wie meinen Sie das? Was sind das für Menschen, die sich derzeit vor der griechischen Grenze drängen?
Es handelt sich nicht um syrische Bürgerkriegsflüchtlinge, sondern um Menschen, die in der Türkei zum Teil schon seit Jahren leben: Pakistani, Menschen aus Bangladesch, Nordafrikaner, Somalier und zu über 60 Prozent Afghanen. Also mitnichten Kriegsflüchtlinge.

Erdogan hat Menschen an die Grenze bringen lassen. Wie ordnen Sie das Vorgehen der türkischen Regierung ein?
Der türkische Innenminister spricht davon, dass bis zum Wochenende bis zu 140 000 an die Grenze gekommen sind. Das ist ganz offensichtlich falsch. Agenturmeldungen vom Wochenende war zu entnehmen, dass gepanzerte Fahrzeuge versuchen, die Grenze zu schleifen. Die Türkei versucht auf perfide Weise, Flüchtlinge und Migranten für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren: zum einen, um innenpolitische Ziele zu erreichen, zum anderen, um die EU zu spalten.

Die EU ist doch längst gespalten über den Umgang mit der Flüchtlingskrise. Wie kann sich das ändern?
Auf europäischer Ebene sind wir in den letzten Jahren nicht vorangekommen. Meiner Meinung nach bedarf es dreier Dinge: eines effektiven Außengrenzschutzes, einer Antwort auf die Frage, wie man mit Flüchtlingen und Migranten umgeht und wie sie weiterverteilt werden.

Genau da hakt es ja. Wie kann eine Lösung konkret aussehen?
Deutschland hat einen Vorschlag gemacht, wie man das europäische Asylsystem weiterentwickeln kann. Ein effektiver Grenzschutz ist die Voraussetzung. Die Registrierungen und Sicherheitsprüfungen an den Grenzen müssen weiter greifen: Schon dort muss entschieden werden, ob es für die Antragsteller eine Bleibeperspektive gibt oder nicht. Wer keine Bleibeperspektive hat, wird direkt von den Aufnahmezentren an der Grenze in sein Heimatland zurückgeführt.

Sie sprechen von effektivem Grenzschutz. Wie muss der denn aussehen?
Illegale Grenzübertritte müssen verhindert werden. Es gibt zwei Wege, nach Deutschland und in die EU zu kommen. Die humanitäre Migration schützt die

jenigen, die verfolgt sind und vor Bürgerkriegen und Kriegen fliehen: Diese Menschen werden aufgenommen. Der zweite Weg ist die Arbeitsmigration. Seit 1. März gilt in Deutschland das Fachkräfte-Einwanderungsgesetz. Wer weder unter dieses Gesetz fällt, noch verfolgt wird, der wird auch künftig nicht nach Deutschland kommen können.

Die Situation an der griechischen Grenze ist extrem. Kann man da wirklich auf harten Grenzschutz pochen?
Ja, das ist der richtige und auch notwendige Ansatz. Würde man die Grenze nicht schützen, käme das einer unregelmäßigen Grenzöffnung gleich. Massen von Menschen würden sich auf den Weg machen. Ein geordnetes Verfahren an der Grenze hat nichts mit Pedanterie zu tun, sondern ist die Voraussetzung für Humanität.

Wie weit darf effektiver Grenzschutz gehen, um Ihre Formulierung aufzugreifen? Darf die Grenze auch mit Waffengewalt verteidigt werden?
Niemand darf und will das Feuer auf Migranten eröffnen.

In der aktuellen Lage geht es um schnelle Hilfe, keine Langzeitlösungen. Warum sind Sie gegen Aufnahmekontingente?
In Griechenland gilt es, die humanitäre Krise zu mildern. Dazu braucht es Geld, Material und Personal – auch Bundespolizisten sollten zum Einsatz kommen. Wenn es um eine faire Verteilung von Flüchtlingen in Europa geht, bin ich absolut dafür. Wenn es aber um die Aufnahme von Migranten an der griechisch-türkischen Grenze geht, bin ich dagegen. Weil diese Menschen im Zweifel nicht asylberechtigt sind. Eine Auf-



Einwanderer und Flüchtlinge werden von der Insel Lesbos auf einem Kriegsschiff der griechischen Marine untergebracht. BILD: IMAGO

Zur Person



Thorsten Frei, 46, ist CDU-Bundestagsabgeordneter (Schwarzwald-Baar-Kreis und Oberes Kinzigtal) und seit 2018 stellvertretender Vorsitzender der CDU im Bundestag. Von 2004 bis Ende 2013 war er Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Donaueschingen. Zuvor war er als Rechtsanwalt in Waldshut-Tiengen tätig. Er stammt aus Bad Säckingen. (mim)

nahme würde einen Sog auslösen, den wir nicht wollen können.

Welche Möglichkeiten hat die EU, Ankara dazu zu bringen, das Flüchtlingsabkommen wieder einzuhalten und die türkische Grenze zur EU dicht zu halten?
Es ist unsäglich, wie sich die Türkei verhält. Trotzdem liegt es in unserem Interesse, das Abkommen mit der Türkei mit neuem Leben zu erfüllen. Ein effektiver Außengrenzschutz funktioniert nur dann, wenn wir auf der anderen Seite der Grenze einen Partner haben, mit dem wir zusammenarbeiten können.

Die EU hat der Türkei doch schon sechs Milliarden Euro zugesagt, damit sie im Gegenzug ihre Grenzen besser schützt. Was ist daraus geworden?
Die EU hat dieses Abkommen vollständig eingehalten. Die sechs Milliarden Euro sind in zwei Tranchen mit Laufzeiten bis 2021 beziehungsweise 2025 aufgeteilt worden. Davon sind inzwischen 3,2 Milliarden Euro ausbezahlt. In diesem Jahr wird eine weitere Milliarde ausbezahlt. 4,7 Milliarden Euro sind vertraglich gebunden, die sechs Milliarden sind bereits komplett in Programmen vorgesehen.

Was ist mit der Rücknahme illegaler Migranten, dem zweiten Teil des Abkommens?
Der sogenannte Eins-zu-Eins-Mechanismus sieht vor, dass Europa für jeden Migranten, der illegal die griechischen Inseln erreicht und in die Türkei zurückgeführt wird, einen syrischen Bürgerkriegsflüchtling aufnimmt. Seit Beginn des Abkommens 2016 hat Griechenland es leider nicht einmal vermocht, 2000 illegale Migranten von den Inseln in die Türkei zurückzuführen. Im Gegenzug hat die EU aber 23 000 Menschen aufgenommen, davon kamen 8500 nach Deutschland.

Warum dann Erdogans Wut auf Europa?
Erdogan war von Anfang an mit dem Pakt unzufrieden. Er wollte, dass das Geld nicht an Hilfsorganisationen ausgezahlt wird, sondern direkt in seine Staatskassen fließt.

Die Regierungskoalition hat entschieden 1000 bis 1500 Kinder aus den griechischen Lagern aufzunehmen. Ist das



Eine Migrantin trägt ihr Kind in der Nähe der türkisch-griechischen Grenze. BILD: DPA

nicht eher ein Tropfen auf den heißen Stein?
Der Koalitionsausschuss hat sich darauf verständigt, dass unbegleitete Kinder unter 14 Jahren in einer europäisch abgestimmten Aktion aufgenommen werden sollten. Aber wir müssen auch darauf achten, dass die Praxis, Kinder alleine auf gefährliche Reise zu schicken, um einen späteren Familiennachzug zu ermöglichen, nicht gefördert wird.

Wie kann diese Praxis konkret verhindert werden?
Es kann sich nur um eine einmalige und europaweite Aktion handeln. Im Grundsatz muss es unser Anliegen sein, für eine Familienzusammenführung im Herkunftsland zu sorgen.

An den Kern des Konflikts, der Lage in Syrien, traut sich die EU bislang nicht. Kann das so bleiben?
Wir müssen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern eine stärkere Rolle in Syrien einnehmen. Es kann nicht sein, dass die EU wie das Kaninchen auf die Schlange starrt und alles stoisch erträgt, was das Assad-Regime mit Hilfe Russlands und des Irans verursacht. Wir müssen dringend humanitäre Hilfe für Idlib und Syrien insgesamt leisten. Deutschland hat den Vereinten Nationen kurzfristig 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Es gilt, zu verhindern, dass eine weitere Million Menschen aus Syrien zur Flucht getrieben werden.

Hat die Bundesrepublik in den vergangenen fünf Jahren seit der ersten Flüchtlingskrise genug getan, um besser vorbereitet zu sein auf einen neuen Flüchtlingsstrom?
Deutschland ist sicher in der Lage, auch mit großen Herausforderungen zurechtzukommen. Das ist nicht das Problem.

Sondern?
... die Frage, wie groß die Aufnahmefähigkeit einer Gesellschaft ist. Das setzt voraus, dass es eine Bereitschaft zur Integration gibt. Was wir 2015 und 2016 erleben haben, darf sich nicht mehr wiederholen. Das würde unsere Gesellschaft überfordern.

FRAGEN: MIRJAM MOLL

Es geht um mehr als Geld und Flüchtlinge

Tausende Migranten harren an der Grenze zu Griechenland aus. Diese Bilder sollte es eigentlich gar nicht geben, wenn die Türkei sich an das Flüchtlingsabkommen mit der EU von 2016 hielt. Doch auch die EU hält Zusage nicht ein. Worum es geht:

► **Grenzschutz:** Ankara verspricht in dem Abkommen, „alle erforderlichen Maßnahmen“ zu ergreifen, um neue See- und Landrouten für illegale Migration von der Türkei in die EU zu verhindern. Dagegen verstößt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan mit seiner Ansage vom 29. Februar, die Grenze zur EU sei offen, eindeutig. Dabei funktionierte dieser Teil des Abkommens zuvor recht gut. 2019 haben dem UNHCR zufolge zwar fast doppelt so viele Menschen illegal zu den griechischen Inseln übersetzt – rund 60 000 Migranten. Aber das waren noch immer deutlich weniger als vor Abschluss des Abkommens (2015: 857 000). Sobald die Grenzübertreter enden oder erheblich zurückgehen, wollten die EU-Staaten aus humanitären Gründen freiwillig Menschen aufnehmen – das ist nicht geschehen.

► **Umsiedlung und Rücknahme:** Die Türkei verpflichtet sich, jeden Migranten, der es doch illegal auf die griechischen Inseln schafft, zurückzunehmen. Im Gegenzug will die EU für jeden rückgeführten Syrer einen anderen Syrer aus der Türkei umsiedeln. Das hat kaum funktioniert – unter anderem, weil die griechischen Behörden mit dem Bearbeiten der Asylanträge nicht hinterherkamen. In den letzten vier Jahren wurden laut EU 2700 Menschen zurück in die Türkei geschickt. 26 500 Syrer wurden aus der Türkei nach Europa umgesiedelt. Das ist knapp die Hälfte des vereinbarten Kontingents.

► **Geld:** Zur Versorgung der Menschen sagte die EU der Türkei sechs Milliarden Euro zu. Laut EU-Kommission sind bislang 4,7 Milliarden Euro vertraglich vergeben und rund 3,2 Milliarden ausbezahlt. Erdogan dringt jedoch immer wieder darauf, dass das Geld schneller ausbezahlt wird – und dass es mehr gibt.

► **Visafreiheit:** Die EU stellte der Türkei damals eine Abschaffung der Visumpflicht für türkische Staatsbürger in Aussicht. Daran sind allerdings 72 Bedingungen geknüpft. Die meisten davon hat Ankara erfüllt, doch um eine Voraussetzung gibt es erbitterten Streit: Die Änderung der Anti-Terror-Gesetze in der Türkei. Knackpunkt ist die Anwendung der Gesetze, denn auch Journalisten oder Regierungskritiker werden in der Türkei schnell als „Terroristen“ abgestempelt.

► **Beitrittsprozess:** Die Verhandlungen haben 2005 begonnen. Im Abkommen heißt es, der Prozess solle neu belebt werden. Stattdessen liegt er heute auf Eis. Manche EU-Staaten sind sogar dafür, die Verhandlungen komplett einzustellen. (dpa)